Rheder Volkszeitung

Bezugspreis: 2,55 Mk. monatlich.

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt

Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeister-Ämtern und Ämtern des Kreises Borken.

Organ der Zentrumspartei

Bocholter-Borkener Volksblatt

Anholt-Isselburger Zeitung

Postverlagsort: Bocholt.

Geschäftsstellen: Bocholt, Realschulstraße 14. Fernspr.-Sammelnr. 3054. Rhede: J. Heinrichs. Anholt: W. Walfing. Werth: Th. Parras.

Postversandort: Dortmund.

Nummer 3 | Montag, den 4. Januar 1932 | Jahrgang 1932

Nach der Weihnachtspause.

Das Preußenparlament bei Jahresbeginn.

Eine neue Steuer?

+ Berlin, 2. Januar.

Im Preußischen Landtag beginnen die parlamentarischen Arbeiten nach der Weihnachtspause bereits wieder am 11. Januar, wo der Beamtenausschuß zusammentreten wird. Am 12. Januar kommen noch die Verhandlungen des Rechtsausschusses und die eines der größern Untersuchungsausschüsse hinzu. Nach dem bisherigen Plan will sowohl der Untersuchungsausschuß für das Wohnungswesen wie der für die Kreditgeschäfte der Preußenkasse usw. am 12. Januar die Beweisaufnahme fortsetzen. Aus technischen Gründen dürfte jedoch einer der beiden Ausschüsse gezwungen sein, seine Arbeiten wenige Tage später beginnen zu lassen. Der sogenannte Preußenkassen-Ausschuß wird den Bericht über das Ergebnis der Beweisaufnahme zum Fall der Hugenbergischen Landbank entgegennehmen, diesen Bericht erörtern und die Schlußanträge verabschieden. Hierauf wird dieser Ausschuß den Vorbericht über die Kreditbeziehungen öffentlich-rechtlicher Institute zur Hugenbergischen Ostbank entgegennehmen. Der Untersuchungsausschuß für das Wohnungswesen hat auf seine Tagesordnung Berliner Angelegenheiten gesetzt. Am 14. Januar tritt der Rechnungsausschuß des Landtags zusammen, am 16. Januar der Hauptausschuß und am 18. Januar ein weiterer Untersuchungsausschuß, der sich mit personalpolitischen Angelegenheiten zu beschäftigen hat.

Die Plenarverhandlungen

des Landtags werden am 19. Januar wieder beginnen. Ursprünglich hatte man gedacht, daß zu diesem Zeitpunkt bereits der preußische Haushalt für 1932 dem Parlament vorliegen werde. Wie man erfährt, muß diese Möglichkeit nunmehr als ausgeschlossen bezeichnet werden. Man hat bei den maßgebenden Regierungsstellen noch nicht Beschluß darüber gefaßt, wie der nach den starken Sparmaßnahmen dennoch verbliebene Fehlbetrag von 167 Millionen aufgebracht werden soll.

Der Eindruck verstärkt sich, daß man ohne eine neue Steuer den Haushalt nicht ausgleichen kann,

wenngleich noch die preußischen Verhandlungen mit dem Reich über einen verbesserten Finanzausgleich und Abzahlungen auf die preußischen Entschädigungsansprüche schweben. Somit wird der Landtag in den ersten Plenarsitzungen sich mit der Verabschiedung von Aufsichtsbeschlüssen beschränken. Allerdings wird der Aeltestenrat am 19. Januar vor Plenarbeginn auch darüber zu entscheiden haben, ob man nicht sofort auf Grund der

Anträge der Oppositionsparteien gegen die neue preußische Sparverordnung

eine große politische Aussprache durchführen wird. Dagegen rechnet man in preußischen parlamentarischen Kreisen angesichts der starken Obstruktion der Oppositionsparteien kaum noch damit, daß dieser Landtag den

Entwurf der neuen schärferen Verordnung

verabschieden könne. Soweit die preußische Regierung den Etat verabschiedet hat, geht der Etat an den Staatsrat, der sich ungefähr drei Wochen mit ihm beschäftigen wird. Das Staatsratsplenum ist einstweilen auf den 19. Januar einberufen worden. Auf der Tagesordnung dieser ersten Plenarsitzungen des Staatsrates nach den Feiertagen stehen wegen der ungeklärten Situation hinsichtlich des Etats vorläufig nur die Ausführungsbestimmungen der preußischen Staatsregierung zur vierten Notverordnung des Reichspräsidenten und zur zweiten Sparverordnung der preußischen Regierung. Immerhin rechnet man in preußischen parlamentarischen Kreisen damit, daß der Etat für 1932 Anfang Februar vielleicht dem Landtag zugehen werde.

★

Das Reichskabinett beginnt mit der Arbeit.

+ Berlin, 3. Januar.

Reichskanzler Dr. Brüning ist von seinem kurzen Erholungsurlaub nach Berlin zurückgekehrt. Mit dem Beginn der Woche wird nun die politische Arbeit des Kabinetts, nachdem auch einige andere Mitglieder der Reichsregierung von ihrem kurzen Weihnachtsurlaub zurückgekehrt sein werden, ihren Fortgang nehmen. Man rechnet damit, daß sich das Kabinett am Dienstag erstmalig wieder versammelt, um mit der Vorbereitung der bevorstehenden internationalen Konferenzen, nämlich der Reparationskonferenz und der Abrüstungskonferenz, zu beginnen. Was die Reparationskonferenz angeht, so weiß man, daß Lausanne als Tagungsort feststeht und daß sich alle Regierungen mit Ausnahme Frankreichs mit dem Termin des 18. Januar einverstanden erklärt haben und daß eine endgültige Entscheidung über diesen Zeitpunkt für den Zusammentritt der Konferenz noch nicht vorliegt. Es ist möglich, daß in Uebereinstimmung mit den französischen Wünschen eine kurze Verschiebung von wenigen Tagen eintritt und daß die Tagung in Lausanne erst zwischen dem 20. und 25. Januar beginnt. Bemerkenswert ist übrigens, daß nunmehr von allen Seiten, also auch von Frankreich, Wert darauf gelegt wird, daß die Berliner Stillhalteverhandlungen noch vor dem Beginn der Reparationskonferenz zum Abschluß gelangen. Sie sind nach einer kurzen Weihnachtspause bereits am 28. Dezember wieder aufgenommen worden und sollen mit allem Nachdruck fortgesetzt werden, da noch vor Lausanne ein Ergebnis erzielt werden soll.

★

KPD. fordert erneut Reichstagseinberufung.

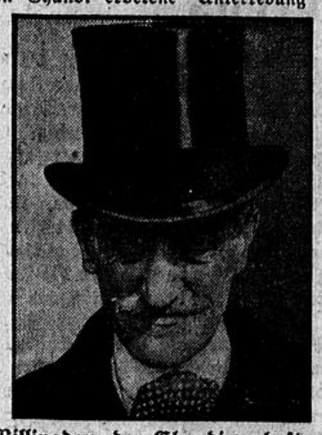
+ Berlin, 3. Januar.

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat, wie die „Rote Fahne" meldet, die Einberufung des Reichstages für Dienstag, 12. Januar, mit folgender Tagesordnung gefordert: 1. Beratung der Anträge der kommunistischen Reichstagsfraktion auf Aufhebung der Notverordnungen vom 8. Dezember 1931 und vom 21. Dezember 1931 in Verbindung mit einer finanz- und wirtschaftspolitischen Aussprache. 2. Außenpolitische Aussprache. Zur Stellungnahme zu diesem Antrag haben die kommunistischen Mitglieder des Aeltestenrats die Einberufung des Aeltestenrats für Donnerstag, 7. Januar, beantragt.

Die Tür ist zugeschlagen.

+ Bombay, 2. Januar.

Ghandi erklärte einem Vertreter des Reuterbüros, daß ihn die Antwort des Vizekönigs mit tiefer Betrübnis erfüllt habe. Der Vizekönig habe gewissermaßen die Türe schroff vor ihm zugeschlagen, indem er für die von Ghandi erbetene Unterredung Bedingungen stellte, die kein Mensch, der Selbstachtung besitze, habe annehmen können.



Lord Willingdon, der Ghandi verhaften ließ.

★

Die Lage wird bedrohlich.

◎ London, 3. Januar.

Die gesamte Presse berichtet eingehend von der immer bedrohlicher werdenden Lage in Indien. Ueberschriften wie „Bruch mit dem Kongreß wird erwartet", „Ghandi kann unverzüglich verhaftet werden", „Indien am Vorabend großer Entscheidungen" kennzeichnen die Stimmung der Blätter. Reuter berichtet aus Bombay, Ghandis Verhaftung stehe unmittelbar bevor, und man erwarte, daß der Kongreß jeden Augenblick für ungesetzlich erklärt werde. Man glaube auch, daß jede finanzielle Unterstützung des Kongresses verboten werde.

★

„Vielleicht der letzte Morgen des Gebetes."

◎ Bombay, 3. Januar.

Gandhi ist verhaftet worden. Ghandi hatte sich heute um 4,30 Uhr früh seinen täglichen Gebeten gewidmet, worauf die Lichter ausgelöscht wurden. Dann erklärte er sehr bewegt: Vielleicht ist dieses unser letzter Morgen des Gebetes.

Die Störung der Sylvesterrundfunkrede des Reichspräsidenten.

Eine Erklärung der Reichsrundfunkgesellschaft.

— Berlin, 2. Januar.

Zu der Störung der Rundfunkansprache des Reichspräsidenten am Sylvesterabend gibt die Pressestelle der Reichsrundfunkgesellschaft folgende Erklärung:

Die Störung traf nur den Deutschlandsender. Die Rede des Herrn Reichspräsidenten wurde verbreitet über alle anderen deutschen Sender, über die Leitungen nach England, Dänemark, die Schweiz und Oesterreich, sowie über die drahtlose Verbindung nach Amerika, wo mehrals 200 Sender angeschlossen sind, übertragen,

ohne daß irgendwelche, nicht zur Rede gehörende Zwischenbemerkungen wahrgenommen wurden.

Die Anordnung war so getroffen, daß die Verbindung vom Reichspräsidentenpalais von zwei von einander unabhängigen Mikrophonen über zwei getrennte Leitungswege zum Haus des Rundfunk geführt wurde. Hierdurch war die Möglichkeit geschaffen, in jedem Augenblick von einem Uebertragungswege auf den anderen überzugehen, für den Fall, daß etwa der eine Uebertragungsweg gestört worden wäre. Hinter dem Hauptverstärker im Hause des Rundfunk erfolgte die rückwirkungsfreie Verzweigung, und zwar zum Sender Witzleben, zum Deutschlandsender und Deutschen Kurzwellensender in Zeesen auf drei getrennten Leitungen, ferner zum Fernamt Berlin über mehrere Leitungswege und von da weiter einerseits zu den übrigen angeschlossenen deutschen Sendern und zur Amerikalinie, an die das europäische Ausland angeschlossen war.

Am Kontrollempfang im Haus des Rundfunks wurde selbstverständlich

sofort die Störung der Sendung über den Deutschlandsender bei ihrem Beginn beobachtet,

jedoch konnte im Augenblick, als man die Störung hörte, nicht sofort erkannt werden, ob sie nur auf den Deutschlandsender oder etwa auch auf die übrigen Sender sich auswirkte und ob die Störung örtlich auf dem Wege vor oder nach dem Hause des Rundfunks erfolgte. Zur Ermittlung des Fehlerortes wurde

eine kurzzeitige Schwächung im Hauptverstärker vorgenommen,

die jedoch keine Schwächung der störenden Zwischenrufe zur Folge hatte. Dieser Versuch, bei dem sämtliche Aussendungen einen Augenblick geschwächt wurden, zeigte, daß nur die Sendung des Deutschlandsenders gestört war und somit die Störungsursache nicht auf dem Wege vor dem Haus des Rundfunks, sondern auf dem Wege nach Königswusterhausen liegen mußte. Die Schwächung aller Sender hat nicht mehr als fünf Sekunden gedauert und hat mit dem unberechtigten Eingriff nichts zu tun.

Die eingehenden Untersuchungen haben ergeben, daß alle Maßnahmen, die für die Uebertragung erforderlich gewesen sind, von seiten der Rundfunkorganisation sowohl als auch von seiten der DRP. im vollen Umfange getroffen worden waren. So wurden sämtliche, irgendwie auf normalem Wege zugänglichen Kabelendenverschlüsse und Verteilungsstellen während der Rede des Reichspräsidenten durch zuverlässiges Personal besetzt gehalten, um etwa auftretende technische Mängel sofort beseitigen zu können. Durch diese Maßnahme war ein Eingriff an den erwähnten Stellen praktisch ausgeschlossen und es bestand nur die Möglichkeit, daß eine Störung der Rede durch Eingriff in den Leitungsweg auf offener Strecke erfolgen konnte. Gegen solche Eingriffe kann man sich von technischer Seite leider nicht schützen, denn es ist natürlich nicht möglich, den viele Kilometer langen Leitungsweg auch noch im Freien unter wirksame Beobachtung zu stellen.

Die Fahndung nach den Tätern.

Die Ermittlungen der politischen Polizei in der Angelegenheit der Rundfunkstörung hatten dazu geführt, daß gestern vormittag zwei Personen festgenommen wurden. Es handelte sich dabei um zwei Arbeiter des Telegraphenbauamtes, von denen einer vor einiger Zeit entlassen worden ist. Einer der beiden ist von der Polizei wieder entlassen worden. Auch der zweite Verdächtige scheint um die fragliche Zeit nicht an dem Tatort gewesen zu sein. Jetzt hat man einen dritten Telegraphenbauarbeiter zur Vernehmung nach dem Polizeipräsidium geholt. Sein Alibi wird z. Z. noch nachgeprüft. Die Untersuchung des Falles ist umso schwieriger, als man an dem infrage kommenden Kanalbrunnen nicht die geringsten Beweisstücke gefunden hat. Auch ist der Kreis der inbetracht kommenden Personen außerordentlich groß. Die Verfolgung der Rundfunkstörer kann juristisch auf verschiedene Delikte zurückgeführt werden. Zunächst handelt es sich um schweren Unfug und um Sachbeschädigung des Kabels. Vor allem aber liegt ein Verstoß gegen das Gesetz über Fernmeldeanlagen und schließlich ein Verstoß gegen den in der Notverordnung vom 8. Dezember ausgesprochenen politischen Burgfrieden vor. Nach Ansicht der Polizei handelt es sich bei dieser Rundfunkstörung um eine kommunistische Demonstration, die während des Burgfriedens nicht zulässig war. Für die weiteren Ermittelungen ist in der Tat die Siemens-Tonschreiber-Aufnahme von Wichtigkeit, die, wie gemeldet, von dem Physiker von Heyden-Linden in Demmin von der Rede des Reichspräsidenten gemacht worden ist und bei der der volle Wortlaut der Störungsrede festgehalten werden konnte. Daraus ergibt sich, daß die Störung nicht nur aus einzelnen Zwischenrufen, sondern vielmehr aus einer wohlformulierten kleinen Rede bestand, die sich gegen Lohnabbau und Diktatur für ein Sowjetdeutschland einsetzte. Das stimmt im wesentlichen überein mit dem Inhalt, den ein den Kommunisten nahestehendes Berliner Blatt in seiner Neujahrsausgabe von der Störungsrede gibt.

★

Immer noch französische Kritik.

◆ Paris, 2. Januar.

Der „Temps" kritisiert, wie zu erwarten war, in seinem heutigen Leitartikel die Rundfunkrede des Reichspräsidenten und dessen an das Diplomatische Korps am Neujahrstage gerichtete Ansprache. In der Rede an seine Landsleute habe der Reichspräsident, so schreibt das Blatt, gewisse Gedankengänge durch schärfere Betonung der Worte unterstrichen. Beispielsweise habe er nicht gezögert, zu erklären, daß die Größe der vom deutschen Volke gebrachten Opfer diesem gegenüber dem Auslande das Recht gebe, zu verlangen, daß man sich einer Wiederaufrichtung Deutschlands durch die Forderung unmöglicher Opfer nicht widersetze. Er habe hinzugefügt, daß man in der Abrüstungsfrage Deutschland nicht dessen berauben dürfe, was er Deutschlands gutes Recht nannte, nämlich der gleichen Sicherheit. Die Reichsregierung werde, so meint das Blatt weiter, wohl ihrerseits ihre Forderungen auf das gegenwärtig mögliche Maß zurückschrauben, oder die Verantwortung für ein Scheitern der Verhandlungen, das schärfste Rückwirkungen auf die gesamte Welt haben würde, übernehmen müssen. „Journal des Débats" erklärt, Feldmarschall von Hindenburg habe niemals eine Gelegenheit vorübergehen lassen, alle Umstände zugunsten Deutschlands einzusetzen. In seiner Erwiderungsansprache an den päpstlichen Nuntius habe er von allen Worten über Frieden und Abrüstung nur das aufgenommen, was Deutschland dienen könne. Er habe sich nicht darum gekümmert, ob man anderwärts nicht gezwungen wäre, das Wort Sicherheit gleichzeitig mit dem Worte Abrüstung auszusprechen, sondern er habe den für Deutschland allein in Frage kommenden Grundsatz aufgestellt, daß man nicht weiterhin einen Unterschied zwischen den Völkern in der Rüstungsfrage machen dürfe. Diese Worte aber, gegen die der Quai d'Orsay nicht den geringsten Widerstand erheben werde, enthielten alles, um, so meint das Blatt, auf der Abrüstungskonferenz ganz Europa durcheinander zu brin-

Die Verhaftung Ghandis.

Wiederaufnahme der Gehorsamsverweigerung.

Neu Delhi, 2. Januar.

Die Lage in Indien ist äußerst bedrohlich. Wie verlautet, hat der Allindische Kongreß die Wiederaufnahme der Gehorsamsverweigerung bereits auf ein Datum festgelegt, und zwar den 9. Januar. Ghandi hat um eine Unterredung mit dem Vizekönig Lord Willingdon nachgesucht. Willingdon hat sich im Flugzeug von Kalkutta nach Delhi begeben. Ghandi erhoffte eine Kompromißlösung durch ein Nachgeben der Regierung, die den Ausnahmezustand in verschiedenen Teilen des Landes bereits verhängt hat. Ghandi hat in ultimativer Form die Abänderung der Ausnahmegesetze verlangt und mit Gehorsamsverweigerung im Nichterfüllungsfalle gedroht. Die Gehorsamsverweigerung, die den Gesetzen widerspricht, hat die Möglichkeit der Verhaftung Ghandis aufkommen lassen. Einige Führer, darunter Jawahrlal Nehru sind bereits verhaftet worden. In der Nacht zum Sonnabend hatte sich eine riesige Menschenmenge vor Ghandis Wohnhaus in Bombay angesammelt und wartete auf seine Festnahme. Ghandi selbst war während der ganzen Nacht auf und hatte schon alles für seine Festnahme vorbereitet. U. a. hatte er einen wollenen Schal, Leinenkleider, ein Waschseil zum Trocknen der Wäsche und zehn Bücher, darunter auch Bücher von MacDonald, zur Mitnahme ins Gefängnis bereitgestellt.

Ganz Indien erwartet mit Spannung die nächsten Schritte der Regierung und ob der Vizekönig eine Verhandlung über die Ordonnanzen der Regierung zulassen wird.

Aus Bombay wird berichtet, daß im Prinzip der Kongreß sich für den Verstoß gegen das Salzmonopol, die Einsetzung von Streikposten und die Wiedereinführung des Boykotts gegen englische Waren beschlossen hat.

★

Scharfe Kampfansage des Vizekönigs

○ Neu Delhi, 2. Januar.

Der Vizekönig erwiderte auf das ausführliche Telegramm Ghandis vom 1. Januar, er und die Regierung bedauerten, daß der Ausschuß des Nationalkongresses die Beschlüsse gefaßt habe, die für den Fall, daß gewisse Bedingungen nicht erfüllt werden, die Wiederaufnahme des Feldzuges des zivilen Ungehorsams vorsehen. Sie bedauerten dies um so mehr, als die Regierung von Indien erklärt habe, daß sie die in der Erklärung des Premierministers angekündigte Verfassungsreform beschleunigt durchführen wolle. Keine Regierung könne zulassen, daß man ihr Bedingungen durch eine Drohung aufzwinge. Er und die Regierung müßten Ghandi und den Nationalkongreß für alle Folgen verantwortlich machen, die sich aus der vom Nationalkongreß beabsichtigten Aktion ergeben könnten. Die Regierung werde alle Maßnahmen ergreifen, um diese Aktion zu bekämpfen.

gen; sie enthielten eine Forderung, die die Verneinung des Versailler Vertrages bedeuteten, eine Regierung alles dessen, was die im Kriege siegreichen Völker im Interesse des Friedens gewünscht hätten.

★

Amerikanische Danktelegramme an Hindenburg.

— **Berlin, 2. Januar.**

Unter den zahlreichen Glückwünschen, die dem Reichspräsidenten anläßlich des Jahreswechsels aus dem Auslande zugegangen sind, verdient das Telegramm des bekannten amerikanischen Senators Lafollette hervorgehoben zu werden. Das Glückwunschtelegramm lautet: „Ihre ausgezeichnete Rundfunkansprache wandte sich an die Herzen unseres Volkes. Ich bin davon überzeugt, daß ich die Gefühle der amerikanischen Bevölkerung wiedergebe, wenn ich Ihnen die wärmsten und besten Wünsche und Neujahrsgrüße übermittele. Der Präsident der National Broadcasting Companhy, M. H. A. Aylesworth, sandte an den Reichspräsidenten folgendes Telegramm: „Die amerikanische Uebertragung Ihrer Rundfunkansprache wurde durch die gesamten USA.-Länder mit größter Klarheit empfangen. Wir bringen unseren aufrichtigen Dank für Ihre Worte zum Ausdruck, die ein Beweis sind für die enge Fühlung, die zwischen dem deutschen und dem amerikanischen Volke durch die Reichsrundfunk-Gesellschaft und die National Broadcasting Company besteht. Ich erlaube mir, Herr Präsident, Ihnen meine besten Wünsche für Ihr Wohlergehen im kommenden Jahre zu senden." Die „Newyorker Staatszeitung" und „Newyorker Herold" sandten an den Reichspräsidenten folgendes Glückwunschtelegramm: „Viele Tausende von Amerikanern deutschen Stammes haben heute über des Meeres und des Aethers Wellen in ihrer deutschen Muttersprache die Botschaft vernommen, die Eure Exzellenz zum Jahreswechsel an das deutsche Volk gerichtet haben. Es war für alle Kinder Germanias in dieser unserer neuen Heimat ein unvergeßliches Erlebnis, die kraftvollen mahnenden Worte hören zu können, die nicht nur Deutschland, sondern die ganze Welt an das schwere deutsche Schicksal erinnern. Anläßlich dieses feierlichen Ereignisses senden Euer Exzellenz die Herausgeber der „Newyorker Staatszeitung und Newyorker Herold" im Sinne aller Amerikaner deutschen Blutes die innigsten Dankesgrüße und den Ausdruck der sicheren Hoffnung, daß die von Eurer Exzellenz für das deutsche Volk gehegten Hoffnungen und Erwartungen in vollem Umfange in Erfüllung gehen werden. Mögen die Silvester-Glocken für das Reich und damit die Welt den Anbruch einer Neuzeit künden, die unser altes Vaterland in Freiheit und neuer Kraft dem Fortschritt und dem Glücke der Kulturwelt dienen sieht."

Die Japaner in Tschintschau.

Vormarsch auf Schanhaikwan.

+ **Tokio, 2. Januar.**

Das Gros der Armee des Generals Kamura ist heute nachmittag 5 Uhr in Tschintschau einmarschiert, ohne auf irgendwelchen Widerstand zu stoßen. Die japanischen Verluste während der nunmehr erfolgreich durchgeführten Offensive werden als geringfügig bezeichnet. In militärischen Kreisen wird erklärt, daß die Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung in der Südmandschurei nunmehr schnell vor sich gehen werde.

Die chinesische Gesandtschaft in Berlin hat die amtliche Nachricht ihrer Regierung erhalten, daß die chinesischen Truppen ihre Stellungen bei Tienchiafun, Pauschan, Huchiawo verteidigen und den japanischen Angriffen standhalten. Die Provinzialregierung von Liaoning übt nach wie vor ihr Amt in Tschintschau aus, und die Kommandeure der nordöstlichen Armee hätten niemals den Befehl erteilt, Tschintschau zu räumen, bzw. keinen Widerstand fremden Angriffen zu leisten.

Ueber Tschintschau ist bis auf weiteres der Belagerungszustand verhängt worden. Von den Japanern ist eine Entwaffnungsaktion durchgeführt worden. Ueber 6000 chinesische Soldaten sind vorläufig interniert. Der Oberbefehlshaber der japanischen Streitkräfte, General Honjo, trifft am Sonntag in Tschintschau ein, um die weitere Operation gegen die sich zurückziehende chinesische Armee zu leiten. In Tschintschau ist ein Bombenflugzeuggeschwader mit 41 Apparaten gelandet.

Nach einer russischen Meldung aus Peking soll der Oberkommandierende der japanischen Armee in der Mandschurei erklärt haben, daß die japanischen Truppen nach der Besetzung von Tschintschau weiter nach Schanheikwan marschieren werden.

★

Beschießung der Eisenbahnzone Peking-Mukden.

+ **Paris, 3. Januar.**

Wie die Agentur Indo-Pacifique aus Peking berichtet, hat sich die Regierung von Tschintschau mit dem Generalstab aus Lantschau innerhalb der Großen Mauer zurückgezogen. Japanische Marineartillerie habe die Eisenbahnzone zwischen Peking und Mukden beschossen und den Verkehr auf dieser Strecke an verschiedenen Punkten unmöglich gemacht. — Wie die Agentur Rengo aus Tokio meldet, besagt ein beim Kriegsministerium eingegangenes amtliches Telegramm, daß die japanischen Truppen ihren offiziellen Einzug in die Stadt Tschintschau mit dem Generalleutnant Kamura an der Spitze heute 10,40 Uhr gehalten habe. Die Bevölkerung der Stadt soll nach dieser Meldung sogar den einrückenden japanischen Truppen begeisterte Kundgebungen bereitet haben.

Große Erregung in China.

+ **Schanghai, 3. Januar.**

Die Besetzung Tschintschaus durch die Japaner hat in ganz China große Erregung hervorgerufen. Es wird vielfach die Meinung zum Ausdruck gebracht, daß die chinesische Regierung jetzt entscheidende Schritte gegen Japan unternehmen müsse, um die Tokioter Regierung zur Einstellung des Vormarsches ihrer Truppen zu zwingen. Die chinesischen Studentenorganisationen erklären, daß sie einen Tag in der kommenden Woche als Trauertag begehen und von der Regierung die Kriegserklärung gegen Japan verlangen werden.

★

Die Mandschurei selbständige Republik.

+ **Tokio, 2. Januar.**

Wie aus Charbin gemeldet wird, hat General Tschangtschunghui am Sonnabend die Selbständigkeit der mandschurischen Republik ausgerufen. In einem Zirkulartelegramm hat er sämtliche Behörden in der Mandschurei angewiesen, nur die Anordnungen der mandschurischen Regierung auszuführen und keine Beziehungen mehr zu den Nankinger und den Pekinger Behörden zu unterhalten.

★

Amerikanisch-japanischer Zwischenfall

+ **Moskau** (über Kowno), **2. Januar.**

Nach russischen Meldungen aus Tokio hat der amerikanische Botschafter gegen die Verhaftung eines amerikanischen Offiziers in dem von japanischen Truppen besetzten Gebiet Einspruch erhoben. Das japanische Kriegsministerium hat darauf erklärt, daß die Angelegenheit von den japanischen Militärbehörden geprüft werden wird. Das Verhalten des Verhafteten sei unrichtig gewesen. Er wäre verpflichtet gewesen, den Befehlen des japanischen Offiziers Folge zu leisten. Den amerikanischen Offizieren wurde vorgeschlagen, das besetzte Gebiet sofort zu verlassen.

★

Englische Truppenverschiebungen.

+ **Schanghai, 2. Januar.**

Nach einer amtlichen Mitteilung der chinesischen Agentur Gomyn hat die englische Regierung weitere Truppenverstärkungen nach Schanhaikwan entsandt, um dort die englischen Interessen zu schützen. Außerdem sind zwei englische Zerstörer nach Inkau ausgelaufen.

England gegen Verschiebung der Reparationskonferenz.

Die Regierung ist beunruhigt.

:: **London, 3. Januar.**

In hiesigen politischen Kreisen war heute einige Besorgnis wegen der Möglichkeit einer weiteren Verzögerung in der Zusammenkunft der Regierungen zur Erörterung der Reparations- und Kriegsschuldenfrage bemerkbar. Auf die zu Beginn des neuen Jahres erfolgte Mitteilung, daß die britische Regierung die Initiative ergriffen hat, um die Konferenz nach Lausanne einzuberufen, folgte die Andeutung, daß die Franzosen wünschen, den Zeitpunkt vom 18. Januar, der, wie man glaubte, allgemeine Zustimmung gefunden hatte, auf den 20. Januar zu verlegen. Dieser Unterschied von zwei Tagen wird hier für ernst angesehen, da man befürchtet, daß er den Erfolg der Reparationskonferenz selbst oder den der Weltabrüstungskonferenz, die bereits für den 2. Februar festgesetzt worden ist, beeinträchtigen wird. Man ist der Ansicht, daß die vorgeschlagene weitere Verzögerung von zwei Tagen eines von drei Dingen bedeuten kann:

1. daß die Abrüstungskonferenz verschoben werden muß, oder

2. daß ihre Eröffnung dilatorisch erfolgen muß oder

3. daß die Konferenz zur Erwägung der Reparationen und Kriegsschulden nicht endigen wird, bevor die Abrüstungskonferenz beginnt, und daß ihre endgültigen Schlüsse daher verschoben werden müssen.

Es besteht Grund zu der Annahme, daß die britische Regierung in Betracht dieser Erwägungen wegen der Verzögerung in der Zusammenkunft der Reparationskonferenz beginnt beunruhigt zu werden. Er verlautet, daß sogar ein früherer Zeitpunkt als der in ihrer Einladung an die Mächte vorgeschlagene 18. Januar der britischen Regierung vorgeschwebt hatte. Fast zwei Wochen sind schon vergangen, seitdem die ernste Mahnung aus Basel an die Nationen gerichtet wurde, daß eine allgemeine Katastrophe die Folge sein wird, wenn nicht ein sofortige Aktion von allen an dem Problem der Reparationen und Kriegsschulden betroffenen Nationen unternommen wird. „Entscheidungen ohne Verzögerung", so lautete der Appell, den der Baseler Ausschuß an die Regierungen gerichtet hatte, und die britische Regierung hatte unverzüglich nach Veröffentlichung des Sachverständigenberichtes ihre Bereitschaft zum Ausdruck gebracht, sich sofort anderen Regierungen in der Bemühung anzuschließen, zu einer Lösung und Regelung der Krise zu gelangen, der sich alle Nationen gemeinsam gegenübergestellt sehen. Die Beunruhigung der britischen Regierung wegen der Verzögerung in der Abhaltung der Konferenz ist daher umso größer.

★

Berthelot in London.

+ **London, 3. Januar.**

Der Generalsekretär des französischen auswärtigen Amtes, Philippe Berthelot, ist zu kurzem Besuch in London eingetroffen. Er wohnt in der französischen Botschaft.

Die Neujahrspredigt des Kardinals Faulhaber.

München, 2. Januar.

In seiner Jahresschlußpredigt im hohen Dom. führte Kardinal Faulhaber u. a. aus, man erlebe heute einen Bruderkrieg und einen Ausdruck des Hasses im öffentlichen Leben, der eines hochstehenden Volkes nicht würdig sei. Es dürfte nicht ein wüster Ton, nicht Lüge und Haß, Geschrei und rohe Gewalt einreißen. Wie solle das Ausland glauben, daß es uns ernst sei mit der Völkerversöhnung, wenn es den Bruderkrieg sehe. Wie soll das Ausland Achtung vor uns haben, wenn im Volk der Bruder vor dem Bruder keine Achtung habe. Gegen die Gottlosenbewegung, die von Moskau drohe, müßten alle, die an Christus glauben, eine Front bilden. So viel Haß, wie es heute unter den eigenen Volksgenossen gebe, habe es nicht einmal im Weltkriege gegeben. Der Ton in den öffentlichen Auseinandersetzungen müsse ein Ton werden, der des christlichen deutschen Namens würdig sei.

Das oberschlesische Zentrum zur politischen Lage.

)-(**Kandrzin, 3. Januar.**

Der erweiterte Parteivorstand des oberschlesischen Zentrums besprach am Sonnabend in fast zehnstündiger vertraulicher Sitzung die politische Lage und insbesondere die letzten Notverordnungen. Der Vorsitzende, Abgeordneter Prälat Ulitzka, würdigte die große Notverordnung vom Dezember als eine politische Tat des Reichskanzlers Brüning, die auch weiteren Kreisen der Bevölkerung trotz der neuen schweren Opfer noch Hoffnung gegeben habe, da sie zeige, daß die Regierung entschlossen und gewillt sei, zu handeln. Jetzt sei auch Deutschlands Gang zu den bevorstehenden entscheidenden außenpolitischen Verhandlungen besser vorbereitet.

Bezirkssekretär Liebig berichtete über die Beurteilung, die diese Notverordnung in weiten Wählerkreisen finde, und kam trotz Kritik im einzelnen zu dem Schluß, daß die Entschlossenheit der Regierung und ihr Mut selbst in vielen Klassen der Wähler des Zentrums stärksten Anklang gefunden hat. Vielfach sei im Lande ein Stimmungsumschwung zugunsten Brünings festzustellen.

Die besonderen Fragen der preußischen Politik sollen in einer weiteren Konferenz erörtert werden.

Das Verfahren gegen Dr. Best eingestellt?

Darmstadt, 3. Januar.

In Hessen wird von nationalsozialistischer Seite behauptet, daß das vom Reichsgericht gegen Assessor Dr. Best-Hessen eingeleitete Strafverfahren wegen Vorbereitung zum Hochverrat eingestellt worden sei. Die Oeffentlichkeit hat ein Interesse daran, zu erfahren, ob und inwieweit diese Behauptung zutrifft, bejahendenfalls, welche Gründe für den etwaigen Einstellungsbeschluß maßgebend sind.

General Pau †.

Paris, 2 Januar.

General Pau ist heute im Alter von 83 Jahren in Paris gestorben. Der General Pau war bekannt als der General mit der eisernen Hand. Aber dieser Beiname drückte nicht die symbolische Bezeichnung einer übermäßigen Härte aus, denn die rechte Hand Paus war wirklich aus Eisen. Er hatte als Leutnant im Kriege von 1870 die Hand verloren und das für den Soldaten anscheinend unentbehrliche Körperglied durch einen Haken ersetzen lassen. Trotz dieser Unvollkommenheit hatte der junge Offizier eine glänzende Karriere. 1907 wurde er Oberstkommandierender des 20. Armeekorps. Etwas später trat er in den obersten Kriegsrat ein. Im Weltkrieg wurde General Pau Präsident des französischen Roten Kreuzes.

Große Mehrheit für Aufhebung des Alkoholverbots in Finnland.

• **Helsingfors, 2. Januar.**

Bis Sonnabend abend lagen die Ergebnisse der Volksabstimmung aus 1610 Wahlbezirken vor. Für Beibehaltung des Alkoholverbots haben 129 000 Personen gestimmt, davon 70 000 Frauen. Für Aufhebung der Prohibition stimmten 371 000 Personen, darunter 163 000 Frauen; für den Kompromißvorschlag wurden nur 6000 Stimmen abgegeben. Demnach haben 73 v. H. der bisher gezählten Stimmen die vollkommene Aufhebung des Verbots verlangt. Eine grundlegende Veränderung des Ergebnisses ist jetzt nicht mehr möglich. Pressestimmen zufolge erwartet man die Einberufung des Reichstages bereits zum 19. Januar. Die Vorarbeiten für den Regierungsantrag über die neue Alkoholgesetzgebung sind bereits weit fortgeschritten.

Schwere Zusammenstöße in Spanien.

Madrid, 2. Januar.

Der Generalstreik in der Gegend von Badajoz hat sehr ernste Formen angenommen. Es kam zu heftigen Zusammenstößen zwischen Streikenden und der Polizei, wobei eine Person getötet und zahlreiche andere verletzt worden. Die Verluste der Polizei betragen vier Mann. In Firea wurden bei Zusammenstößen zwischen Ausständischen und Polizisten zwei Arbeiter getötet und mehrere verletzt.

Die Einzelheiten bei den Zusammenstößen in der Nähe von Badajoz lassen erkennen, daß sich die Einwohner wie die Tiere gebärdet haben. Die Madrider Morgenzeitungen melden, daß die vier Polizisten von über 200 Schüssen durchbohrt worden sind. Den Leichen wurden die Augen ausgeschnitten. Die Köpfe wurden mit dem Kolben eingeschlagen. Damit noch nicht genug, bearbeiteten jüngere Burschen die Leichen mit Taschenmessern und Seitengewehren. Bisher sind 30 Personen verhaftet worden.

In St. Sebastian hatten kommunistische Umtriebe Zusammenstöße mit der Polizei zur Folge. Mehrere Personen wurden verwundet.

Ultimatum an die Regierung.

(•) **Paris, 3. Januar.**

Nach Blättermeldungen aus Madrid hat der Chef der Gendarmerie, General San Jurjo, an den Innenminister eine Art Ultimatum gerichtet. General San Jurjo sei wegen der gemeldeten Verluste der Gendarmerie in Badajoz und Castilblanco vorstellig geworden und habe den Innenminister in Kenntnis gesetzt, wenn die Regierung keine energischen schleunigen Maßnahmen zur Behebung des Anarchiezustandes ergreife, er persönlich diese Maßnahmen ergreifen werde, um dem Versagen einer Regierung, bestehend aus Radikalen und Sozialisten, zu begegnen, die sich von radikalen Elementen Vorschriften machen lasse.

Der Erreger der Kinderlähmung entdeckt.

◆ **Berlin, 4. Januar.**

Wie der „Montag" meldet, kommt aus New-Orleans die aufsehenerregende Meldung, daß es Professor Dr. Frederic Eberson von der medizinischen Fakultät der Universität Kalifornien gelungen ist, den Krankheitserreger der Kinderlähmung zu isolieren und zu züchten. Eberson behauptet, daß der Erreger in seinem virulentesten Stadium im Gehirn oder der Wirbelsäule nicht zu erkennen sei, wohl aber bei Züchtung von Kulturen nach einigen Wochen Wachstum. Dr. Eberson hat den Erreger auf Affen verpflanzt. Auch dort wurde er unsichtbar, sobald das Tier krank wurde. Eberson hat jetzt Versuche zur Herstellung eines Serums gegen Kinderlähmung begonnen.

Blutige Familientragödie.

+ **Berlin, 2. Januar.**

In Stahnsdorf-West wurde am Sonnabend früh eine blutige Familientragödie aufgedeckt. In einem Siedlungshaus wurden die Frau des 44jährigen Eierhändlers Rettich und die 2½ Jahre alte Tochter mit blutenden Kopfverletzungen aufgefunden. Wie die Frau angab, hat Rettich versucht, sie und das Kind mit einem Hammer zu erschlagen. Bei weiteren Nachforschungen wurde Rettich im Nebenzimmer erhängt aufgefunden. Frau und Kind wurden lebensgefährlich verletzt in ein Krankenhaus gebracht. Die Gründe für die Tat sind noch nicht geklärt.

Schwere Schlägerei innerhalb der „Harzburger Front".

O **Güstrow, 2. Januar.**

In der Sylvesternacht wurden mehrere Herbergen in Güstrow und das Stahlhelmheim der Schauplatz schwerer Schlägereien mit politischem Hintergrund. Gleich nach Beginn des neuen Jahres kam es im Stahlhelmheim zwischen Stahlhelmern und Nationalsozialisten zu Tätlichkeiten, die einen Schwerverletzten forderten. Ebenso folgenschwer verlief die Schlägerei in der Herberge zwischen Herbergsinsassen. Auch hier wurden zwei Personen schwer verletzt, und zwar handelt es sich um die Ehefrau Gassner aus Güstrow und den Herbergsinsassen Arbeiter Fritz Eichelhardt. Beide haben schwere Kopfverletzungen erlitten und liegen bedenklich darnieder.

Im Stahlhelmheim wurden fast sämtliche Einrichtungsgegenstände, wie Tische, Stühle sowie die Fensterscheiben zertrümmert. Die Kriminalpolizei hat sofort eingehende Ermittlungen zur Feststellung der Täter aufgenommen. Einige Rädelsführer sind bereits verhaftet.

Schneeverwehungen und Witterungsumschlag.

O **Kopenhagen, 2. Januar.**

Der seit Freitag herrschende Schneesturm hat in den dänischen Küstengewässern große Verheerungen angerichtet. Die deutsche Fähre „Mecklenburg" traf wegen des Schneesturms in der Nacht zum Sonnabend mit großer Verspätung in Gjedser ein. Schlimmer erging es dem dänischen Passagierdampfer „A. P. Bernstorff", dem bei der Ausfahrt von Esbjerg nach England die Schraube zerbrochen wurde. Es gelang, das Schiff wieder an den Kai heranzubringen und den Schaden auszubessern. — Das Motorschiff „Esbjerg", das am Freitag abend in den Hafen einfahren wollte, wurde durch den Sturm gegen den Kai geworfen, wobei die eine Längsseite des Schiffsrumpfes völlig aufgerissen worden ist. Personen kamen nicht zu Schaden.

O **Malmö, 2. Jan.** Die deutsche Motorgaleasse „Wilhelm" aus Basbeck, die von Greifswald nach Kopenhagen unterwegs war, ist heute vormittag in der Nähe der kleinen südschwedischen Stadt Skanör gestrandet. Die Besatzung, drei Mann, weigerte sich, das Schiff zu verlassen. Die „Wilhelm" ist mit Wasser gefüllt. Heute abend ist ein Lotsenboot aus Skanör zu dem verunglückten Schiff gefahren.

O **Innsbruck, 2. Januar.** Nach der starken Kälte der letzten Tage machte sich während des heutigen Tages eine zunehmende Erwärmung geltend. Am späten Nachmittag setzte bei 4 Grad Kälte dichter Schneefall ein.

O **Paris, 3. Jan.** In ganz Südwestfrankreich ebenso wie in den Provinzen der Pyrenäen herrscht bittere Kälte. Aus den Vogesen werden 20 Grad Kälte gemeldet. Der Schnee fällt seit 48 Stunden fast ununterbrochen. Auch aus dem Jura werden seit Sonnabend dauernde Schneefälle gemeldet. Das Thermometer ist bis auf 19 Grad unter Null gefallen. Grenoble gehört mit 10 Grad Kälte noch zu gemäßigten Gegenden. Das Mittelmeer wird augenblicklich von einem heftigen Sturm heimgesucht, der dem Schiffahrtsverkehr sehr hinderlich ist. Die Passagierdampfer aus Algier treffen mit 12stündiger Verspätung ein und die Ausreise nach den nordafrikanischen Häfen wurde in Anbetracht der Witterungsverhältnisse verschoben.

2—3000 Bände der Vatikan-Bibliothek vernichtet.

+ **Rom, 3. Januar.**

Die Harvard-Universität und der Verband der italienischen Bibliothekare haben dem Leiter der vatikanischen Bibliothek telegraphisch ihre Mitarbeit zur Ersetzung der bei dem Deckeneinsturz verlorengegangenen Bücherbestände zugesagt. Wie an unterrichteter Stelle verlautet, sind von den 15 000 Bänden etwa 2—3000 Bände überhaupt vernichtet worden, darunter ein erheblicher Teil der deutschen Handbibliothek des zerstörten Lesezimmers Leo XIII. Die apostolische Bibliothek ist wieder eröffnet worden. Für die Besucher wurden zwei provisorische Lesezimmer eingerichtet.

Furchtbare Bluttat eines langgesuchten Mörders.

÷ **Newyork, 3. Januar.**

In einem Farmhaus in der Nähe von Springfield (Missouri) hat sich eine fürchterliche Bluttat abgespielt. Ein langgesuchter Mörder, der endlich von der Polizei entdeckt wurde, verbarrikadierte sich in einem Farmhaus und eröffnete auf seine Verfolger das Feuer aus einem Maschinengewehr. Dabei wurden sechs Detektive und der Sheriff getötet. Dem Mörder gelang es schließlich, zu entkommen. Die furchtbare Bluttat hat unter der Bevölkerung der ganzen Umgegend ungeheure Erregung hervorgerufen. Die Polizei, unterstützt von zahlreichen Zivilpersonen, hat die Jagd nach dem Mörder aufgenommen.